

**Freundeskreis  
Palast der Republik**

Berlin, 2. Februar 2009

Rudolf Denner, Sprecher  
Oelsnitzerstr. 9  
12627 Berlin

Bundeskanzleramt  
Frau Bundeskanzlerin  
Dr. Angela Merkel  
persönlich, per fax

Werte Frau Bundeskanzlerin,

am 19. Januar 2009 übergaben wir Ihnen aus gegebenem Anlass unsere, hier nochmals beigefügte Erklärung zum Thema Palast der Republik in Berlin. Sie stellten in Ihrer Antwort (Az 323 –K -001 013/09/0002) vom 28. Januar fest, dass für die Neugestaltung des Berliner Schlossplatzes der Bundesbauminister zuständig sei.

Das ist uns natürlich bekannt.

Deshalb hat der Bundesbauminister die o.g. Erklärung ebenfalls mit gleichem Datum erhalten.

Seine Antwort uns gegenüber steht noch aus.

Sie, Frau Bundeskanzlerin, werden im „Berliner Extrablatt“ Nr. 1/2006 des so genannten Fördervereins Berliner Schloss wie folgt zitiert:

**„Ich würde mir wünschen, dass der alte Palast der Republik endlich abgerissen wird, wie vom Bundestag mehrfach beschlossen. Denn erst wenn er abgerissen ist, wird sich die Sehnsucht nach dem Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses voll entfalten. Ich freue mich jedenfalls darauf.“**

Der Freundeskreis Palast der Republik stellt dazu fest:

Die Mehrheit der Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben die jahrelangen Massenproteste gegen den Palastabbriss aus dem In- und Ausland ebenso missachtet wie Sie als CDU –Politikerin bzw. Bundeskanzlerin.

Wenn Sie formulieren „, dass der alte Palast endlich abgerissen wird“ dürfen wir darauf verweisen, dass das Berliner Schloss wohl einige Jahrhunderte älter war und Alter überdies kein Abrissgrund ist.

Überdies wurde nicht das Schloss abgerissen, sondern lediglich eine Ruine beseitigt.

Was Sie als „alten Palast“ bezeichnen, war ein Haus für das Volk in der Mitte Berlins, erbaut in der Tradition der Kultur- und Gesellschaftshäuser der deutschen Gewerkschaften mit in Europa einmaligen Möglichkeiten.

Der politisch motivierte Abriss, ein einmaliges kulturpolitisches Verbrechen der neueren deutschen Geschichte, geschah auf der Grundlage jahrelang verbreiteter Lügen, Unwahrheiten und diffamierender Äußerungen durch Politiker und Medien, insbesondere der aus dem Hause Springer.

Nach Abriss des Palastes der Republik hat sich keine Sehnsucht nach dem Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses entfaltet, wie Sie es in völliger Verkennung der Tatsachen behaupten.

Im Gegenteil!

Nach aktuellen Umfragen lehnen 68% der Ostdeutschen ein Pseudoschloss auf dem Berliner Schlossplatz ab.

Der Freundeskreis akzeptiert auf Grund der uns bekannten Tatsachen zu diesem Thema nicht Ihr Ausweichen in dieser Angelegenheit, zumal wir feststellen müssen, dass hier Verstöße gegen das Grundgesetz (Art. 14.2.) und dem Einigungsvertrag (Art.35.2) vorliegen, an denen Sie, Frau Bundeskanzlerin, unmittelbar beteiligt sind.

Diese Vorwürfe sind der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag seit vielen Jahren bekannt und konnten bisher nicht entkräftet werden.

Wir fordern Sie nunmehr zu einer persönlichen Stellungnahme zum Palastabbriss auf, die den Steuerzahlern bereits mehr als 100 Mio. Euro gekostet hat.

Zu einer Aussprache mit Ihnen sind wir bereit.

Mit angemessenen Grüßen,  
Freundeskreis Palast der Republik  
Rudolf Denner, Sprecher

Anlage:

Erklärung des Freundeskreises vom 19. Januar 2009